

Im Kanton Luzern wird die Aufsicht über die Gemeinden neu organisiert.

Mit Kopfarbeit und Organisationstalent

Als Obmann koordiniert Alois Widmer die Auflösung der Dienststellen der drei Regierungsstatthalterin/Regierungsstatthalter und den gleichzeitigen Aufbau des Betriebs an vier Stellen innerhalb der kantonalen Verwaltung. Die neuen Stellen müssen am 1. Juli 2014 betriebsbereit sein: ein ambitioniertes Ziel.

An der Abstimmung vom 22. November 2013 hat die Stimmbevölkerung entschieden, dass es die Institution Regierungsstatthalter in Zukunft nicht mehr geben wird. Alois Widmer verspürt Wehmut, trauert dem Entscheid aber nicht nach. Dennoch ändert für ihn per-

sönlich einiges. Der Generalist wird seine Arbeit künftig vor allem auf die Finanzaufsicht beschränken, sein Arbeitsplatz wird neu im Finanzdepartement in Luzern sein, und sein Arbeitspensum wird er auf 50 Prozent reduzieren. Der Regierungsstatthalter betrachtet

diese Änderungen als Chance; er kann sich langsam auf die Pensionierung einstellen.

Start im vergangenen Jahr

Von einem Rückzug ins Private ist der 63-jährige im Moment aber weit entfernt. Denn drei Standorte

Weiter auf Seite 2

Ein komplexes Vorhaben

Im Februar 2014 hat der Regierungsrat die Änderungen des Gemeindegesetzes und elf weitere Gesetze über die Neuorganisation der kantonalen Aufsicht über die Gemeinden auf den 1. Juli 2014 in Kraft gesetzt. Auf diesen Zeitpunkt werden die drei Dienststellen der Regierungsstatthalterin und Regierungsstatthalter aufgelöst und die Aufgaben auf die kantonale Verwaltung verteilt. Die meisten der bisherigen Mitar-

beitenden werden ihre Arbeit in der Verwaltung weiterführen. Darüber freuen wir uns, weil dadurch viel Wissen und Erfahrung in die Verwaltung integriert werden kann.

Der Regierungsrat hatte bei der Abstimmung im November 2013 versprochen, die Gemeinden über den Umsetzungsprozess auf dem Laufenden zu halten. Diese Aufgabe nehmen wir ernst. In

der Gemeinde-Info schildern wir diesen Prozess aus Sicht des Obmanns der Regierungsstatthalter, Alois Widmer, sowie den neuen Verantwortlichen für die Heimaufsicht und Aufsicht Sondersteuern. In der nächsten Ausgabe sind die Bereiche Finanzaufsicht und allgemeine Aufsicht gemäss Gemeindegesetz an der Reihe. Darüber hinaus werden alle vier Stellen die Gemeinden auch über ihre Kanäle informieren.



Judith Lauber,
Leiterin Dienststelle Gemeinden,
Handelsregister und Staatsarchiv GHS



Wo liegen die Aufgaben neu?

| Aufgaben | Verwaltungseinheit |
|---|--|
| Allgemeine Aufsicht gemäss Gemeindegesetz | Justiz- und Sicherheitsdepartement; Dienststelle Gemeinden, Handelsregister und Staatsarchiv GHS |
| Aufsicht Kindes- und Erwachsenenschutz; Bewilligungen Adoption/Pflegekinder im Hinblick auf Adoption; Aufsicht über die Teilungsbehörde; Bewilligungen Grundstückerwerb durch Personen im Ausland | Justiz- und Sicherheitsdepartement; Dienststelle Gemeinden, Handelsregister und Staatsarchiv GHS |
| Finanzaufsicht gemäss Gemeindegesetz | Finanzdepartement; Departementssekretariat |
| Aufsicht Sondersteuern | Finanzdepartement; Dienststelle Steuern |
| Heimaufsicht | Gesundheits- und Sozialdepartement; Dienststelle Soziales und Gesundheit DISG |

der Regierungsstatthalter auf vier Verwaltungseinheiten aufzuteilen, ist schwerste Kopf- und Organisationsarbeit. Begonnen hatte die Neuorganisation schon im vergangenen Juli, als in Gesprächen mit Mitarbeitenden geklärt wurde, wer – im Falle eines Abstimmungs-Ja – am neuen Ort weiterhin dabei sein wird. Heute zeigt sich die Situation wie folgt: Von 13 Ehemaligen werden 10 Personen einen neuen Platz beim Justiz- und Sicherheits-, Gesundheits- und Sozial- oder Finanzdepartement antreten.

Viele Detailfragen klären

Schon vor geraumer Zeit wurden Räume und Telefonanschlüsse gekündigt und geplant, welches Material wohin zu zügeln ist: Aktenschränke wurden abgemessen und in Laufmeter am neuen Ort umgerechnet. Welche Computer werden wiederverwendet, welche entsorgt? Herausfordernd ist die Aufteilung des Archivmaterials an vier verschiedenen Standorte: «Wir Regierungsstatthalter haben einen gemeinsamen Registratur-

plan, nach dem bei jedem Statthalter die Briefe und Entscheide abgelegt wurden.» Es gilt zu entscheiden, was davon zwingend weiterzugeben ist, was entsorgt werden kann oder was im Staatsarchiv abgegeben wird.

Aufgabenverteilung auf vier Orte

Regierungsstatthalter sind Allrounder und bearbeiten viele sehr unterschiedliche Aufgaben. Entsprechend anspruchsvoll ist die Aufteilung ihrer Aufgaben auf vier thematisch unterschiedliche Standorte. «Dass die Finanzaufsicht zum Finanzdepartement geht, ist nachvollziehbar. Wir Regierungsstatthalter haben aber nicht nur Finanzen kontrolliert, sondern auch überprüft, ob demokratische Standards eingehalten werden: Waren die Gemeindeversammlungen rechtzeitig angekündigt und die Akten aufgelegt? Die einen Aufgaben gehören zur Finanzaufsicht, die anderen zur allgemeinen Gemeindeaufsicht.»

Know-how weitergeben

Die Auflösung der Dienststellen leiten die Regierungsstatthalter/-statthalterin selber. Der Aufbau der neuen Stellen liegt bei Personen der neu zuständigen Departemente. Dennoch sind die vier Stellen für den Neuaufbau auf das bis-

herige Know-how angewiesen: «Hier unterstützen wir gerne und leisten Überbrückungshilfe.»

Vorbereitung der Amtsübergabe

Im Moment steht die Detailplanung der Amtsübergaben Ende Juni an. Das bedeutet, dass Alois Widmer und Luzia Kurmann Schaffer zum gegebenen Zeitpunkt die Akten und Geschäfte der allgemeinen Gemeindeaufsicht an Josef Rööslü übergeben werden. Er wird diese Aufgabe ab dem 1. Juli bei der Dienststelle Gemeinden, Handelsregister und Staatsarchiv GHS, Abteilung Amt für Gemeinden, wahrnehmen. Josef Rööslü seinerseits wird seinen Teil der Finanz- und Heimaufsicht an die neu zuständigen Stellen beim Finanz- bzw. Gesundheits- und Sozialdepartement weitergeben. Dafür braucht es zahlreiche Absprachen und Entscheidungen.

Wichtige Informationsaufgabe

Zentrale Aufgabe der Umsetzung ist die Information. Wie wird die Website der Regierungsstatthalter auf vier Dienststellen aufgeteilt und in die neuen Homepages integriert? Am 1. Juli müssen die zahlreichen Informationen und Downloads für Kundinnen und Kunden am richtigen Ort wieder verfügbar sein. Wie werden die Gemeinden informiert, ihre Fragen beantwortet? Solche Fragen werden im Moment geklärt und in einem gemeinsamen Kommunikationskonzept geregelt. Die Regierung hatte bei der Abstimmung eine reibungslose Information versprochen.

Abschied nehmen

Was Alois Widmer am meisten vermissen wird, ist der Kontakt zu den Gemeinden. «In den vielen Jahren der Zusammenarbeit wurde zwischen uns und den Behörden- und Verwaltungsmitgliedern ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Ich werde diese Kontakte vermissen», sagt Alois Widmer. Der Abschied soll deshalb nicht durch die Hintertür geschehen, sondern in einem würdigen Rahmen stattfinden. Die Abschiedsfeier ist bei Alois Widmer in Planung.



Alois
Widmer

«Wir möchten erste Ansprechstelle sein»

Die Aufsicht über die Sondersteuern liegt ab 1. Juli 2014 bei der Abteilung Gemeindebetreuung der Dienststelle Steuern. Dort freut man sich auf die neue Aufgabe und fühlt sich gleichzeitig herausgefordert.

«Die neue Aufgabe ist eine Komplettierung unserer bisherigen Tätigkeit und bereichert unsere Arbeit», sagt Beat Elmiger, Leiter des Geschäftsbereichs Gemeindedienstleistungen, wo die Abteilung Gemeindebetreuung integriert ist. Die Aufsicht über das Steuerwesen gehöre bereits heute zu den Kernkompetenzen der Abteilung, neu komme die Aufsicht über die Sondersteuern hinzu. Das erklärte Ziel des Bereichsleiters ist ehrgeizig: «Wir möchten diese Aufgabe ebenso gut wahrnehmen, wie sie bisher erfüllt worden ist.» Gleichzeitig weist Beat Elmiger darauf hin, dass die Aufsicht über die Sondersteuern (Grundstückgewinnsteuern, Handänderungssteuern und Erbschaftssteuern) ein Spezialgebiet des Steuerwesens ist. Dafür müsse sich die Abteilung Gemeindebetreuung das spezifische Know-how in nächster Zeit aufbauen.

Gezielte Schulung

Erreicht werden soll das Ziel durch Personalschulung. «Unser Rechtsdienst ist das Kompetenzzentrum für Sondersteuern, wo die Gemeinden bereits heute Rechtsauskünfte einholen. Das Team besteht aus ausgewiesenen Fachpersonen; sie werden ausgewählte Mitarbeitende der Abteilung Gemeindebetreuung ausbilden.» Der Wissenstransfer geschieht zudem über die bisherigen Fachpersonen bei den Regierungstatthaltern: Thomas Keist, Ressortleiter in Luzern, wird seine Kenntnisse und Erfahrungen aus der Aufsicht Sondersteuern weitergeben, und Karin Kumschick,

Regierungstatthalteramt Sursee, wird ihr Fachwissen nach der Übergabe in einem 40 Prozent-Pensum in Luzern einbringen. «Ziel ist es, dass unsere Leute am 1. Juli in der Lage sind, Sondersteuerveranlagungen stichprobenweise zu beurteilen. Sie sollen abschätzen können, wo mögliche Problemstellungen liegen. Doch Erfahrung und Routine, die müssen wir uns erst noch erarbeiten», so Beat Elmiger. Hingegen sei die Vollständigkeitsprüfung bereits heute kein Problem.

Administrativaufwand verringern

An einer ersten gemeinsamen Sitzung wurde über die aktuelle Arbeitsweise im Bereich Sondersteuern informiert. Dabei hat sich herausgestellt, dass unterschiedliche IT-Zugriffe bestehen. So wurden die Vollständigkeitskontrollen bisher von Hand getätigt oder die Jahresabschlüsse für die Sondersteuern auf Excel erfasst. Roman Holderegger, Leiter der Abteilung Gemeindebetreuung, möchte die organisatorischen Abläufe mittelfristig optimieren, um die Risiken der Handfassung so weit wie möglich auszuschalten. Er verweist auf das System NEST, über das die Gemeinden seit Anfang Jahr die Veranlagungen der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuern fakturieren: «Über NEST wird heute der gesamte Steuerbereich abgewickelt; das System enthält viele Daten. Wir wollen seine Möglichkeit zur Optimierung und damit zur Verringerung des Administrationsaufwands nutzen.»

Keine grossen Veränderungen

Grosse Veränderungen sind zum Zeitpunkt der Übergabe Ende Juni nicht geplant. Zum einen kann die volle Integration der Veranlagungsverfügungen in NEST erst per 1. Januar 2016 realisiert werden. Zum anderen findet die Übergabe mitten im Jahr

statt; eine klare Aufteilung ist deshalb nicht machbar. Beat Elmiger: «Wir werden vorerst doppelspurig fahren und so weit wie möglich auf die Daten aus NEST zurückgreifen. Gleichzeitig erhalten wir die Veranlagungsentscheide der Steuerämter und Gemeindeganzleien weiterhin in Papierform.» Allfällige Veränderungen durch die Übergabe werden den Gemeinden im Mai/Juni 2014 kommuniziert – gemeinsam mit den anderen kantonalen Stellen, die neu kommunale Aufsichtsaufgaben übernehmen.

Längerfristig wird die Abteilung Gemeindebetreuung die technischen Möglichkeiten von NEST nutzen und hofft dabei auf offene Türen bei den Gemeinden. Roman Holderegger: «Wir wollen die Gemeinden sukzessiv von den Chancen des neuen Systems überzeugen und sie Schritt für Schritt auf dem neuen Weg begleiten.»

Erste Ansprechstelle

«Die neue Aufgabe Aufsicht Sondersteuern ist für uns eine Herausforderung, der wir uns gerne stellen», so Beat Elmiger. Wichtig ist ihm, dass die neue Kundschaft ihre Fragen nach der Übergabe Mitte Jahr bei der Abteilung Gemeindebetreuung platzieren kann. «Wir möchten die erste Ansprechstelle sein. Für komplexe Fragen werden wir die Triage vornehmen und diese zur Beantwortung intern an unseren Rechtsdienst weiterleiten.»



Beat
Elmiger



Roman
Holderegger

Bewährtes weiterführen

Ab 1. Juli 2014 wird die Aufsicht über die Pflegeheime von der Abteilung Soziale Einrichtungen der Dienststelle Soziales und Gesellschaft DISG wahrgenommen. Für Abteilungsleiter John Hodel ist das eine Aufgabe, für die er und seine Mitarbeitenden gut gerüstet sind.

Kerngeschäft der Abteilung Soziale Einrichtungen ist die Aufsicht über diverse Heime im Bereich Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche und kleinere private Organisationen für Betagte und Menschen mit Demenz. Diese Institutionen werden zum Grossteil hälftig durch Kanton und Gemeinden finanziert (gemäss Gesetz über soziale Einrichtungen, SEG). Die Abteilung von John Hodel erarbeitet u.a. Leistungsverträge, die jedes Jahr neu erteilt werden. Anders bei den 64 Pflegeheimen, die ab 1. Juli 2014 hinzukommen: Hier sind die Geldgeberinnen die Gemeinden, und die Aufgabe der Abteilung Soziale Einrichtungen besteht ausschliesslich in der Aufsicht. Diesen Unterschied gilt es für John Hodel und seine Mitarbeitenden zu beachten.

Ideale Ergänzung

Der Abteilungsleiter erachtet die neue Aufgabe als ideale Ergänzung zur bisherigen Arbeit. Die Mitarbeitenden sind erfahren im Bereich Aufsicht und verfügen über die notwendigen Fachkenntnisse. Ihnen stehen Fachpersonen aus dem Finanz-, IT- und Rechtsbereich zur Seite. Sie alle haben einen gesetzlichen Auftrag zur erfüllen. So gilt es zu überprüfen, ob die Qualitätsvorgaben eingehalten werden. Dies geschieht mit Besuchen vor Ort und einem schriftlichen Berichtswesen. «Uns ist wichtig, nach der Übernahme nicht alles auf den Kopf zu stellen. Wir werden das aktuelle System der Regierungstatthalter/-statthalterin

John
Hodel

bei der Heimaufsicht übernehmen und auf eine gute und sinnvolle Art weiterführen.»

Zusätzliche Fachkräfte

Gleichzeitig mit der Übernahme der Heimaufsicht wird – unabhängig von der Neuorganisation der Gemeindeaufsicht – in der Abteilung Soziale Einrichtungen neu die Aufsicht über die Vermittlungsstellen für Pflegefamilien aufgebaut. Vier Teilzeitarbeitende mit dem beruflichen Hintergrund Sozialpädagogik und Betreuung sind für den gesamten Aufsichtsbereich zuständig. Die bisherigen Fachfrauen, Karin Portmann und Daniela Felber, werden ab Mai 2014 durch Karin Zimmermann und ab August 2014 durch Sarah Bossart ergänzt. Letztere gehört zum Team von Regierungstatthalterin Luzia Kurmann Schaffer und bringt langjähriges Fachwissen in der Aufsicht über die Pflegeheime mit. Die Aufgaben werden so organisiert, dass Stellvertretungen sichergestellt und Ansprechpersonen jederzeit für die Gemeinden erreichbar sind.

Information Ende 2014

Für die Übergabe der Heimaufsicht von den Regierungstatthaltern an die Abteilung Soziale Einrichtungen ist John Hodel zuversichtlich: Aus bisherigen Gesprächen ist bekannt, was auf die Abteilung zukommt. Von jedem Heim werden Notizen vorhanden sein mit allfälligen Auflagen, Befristungen und Hinweisen, wo Besuche anstehen. Er geht davon aus, dass die Pflegeheime qualitativ sehr gute Arbeit leisten und deshalb aufsichtsrechtlich kein akuter Handlungsbedarf besteht. «Wir werden uns einarbeiten, die Dossiers kennen lernen und gegen Ende 2014 die Gemeinden im Detail informieren. Fragen nehmen wir ab 1. Juli 2014 jederzeit gerne entgegen.»

Texte: Bernadette Kurmann

Wichtige Termine

Mai 2014

nächste Ausgabe Gemeinde-Info

25. Juni 2014

Abschiedsapéro
RR Amt Sursee

26. Juni 2014

Abschiedsapéro
RR Ämter Entlebuch und Willisau

27. Juni 2014

Abschiedsapéro
RR Ämter Hochdorf und Luzern

1. Juli 2014

Start Neuorganisation
Gemeindeaufsicht

